
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. November 1982

**Analyse de la votation fédérale du 28 novembre 1982*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Preisüberwachungs-Initiative	56.1%	40.7%
Gegenvorschlag	21.6%	65.3%
	Stimmbeteiligung 33%	

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. November 1982/Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz	3
1 Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen	3
2 Die Entscheidungsmotive	6
3 Ansichten und Meinungen zum Kartellgesetz	8
4 Meinungen zum Problem des Abstimmungsverfahrens bei Initiative und Gegenvorschlag	15
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	19
*Récapitulation des résultats principaux	21

Die effektiven Abstimmungsresultate

	Preisüberwachungs- Initiative (Ja in %)	Gegenvorschlag (Ja in %)
CH	56.1	21.6
ZH	58.5	20.9
BE	54.9	25.0
LU	52.1	22.6
UR	55.8	19.2
SZ	46.0	20.2
OW	43.7	21.9
NW	43.7	26.5
GL	56.0	21.6
ZG	53.7	20.7
FR	55.8	23.1
SO	61.9	22.0
BS	65.9	21.9
BL	58.4	24.6
SH	54.0	14.8
AR	39.8	21.6
AI	34.4	28.3
SG	51.0	25.8
GR	50.0	27.4
AG	53.0	23.1
TG	46.0	29.0
TI	74.0	12.7
VD	56.1	19.8
VS	43.1	14.0
NE	61.2	14.5
GE	62.5	12.6
JU	77.6	11.3

Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November 1982

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz

Der Ausgang der Abstimmung vom 28. November hat die grosse Popularität der Preisüberwachung im Volke bestätigt. Die von den Konsumentinnen-Organisationen eingereichte Initiative hat die Abstimmungshürde trotz eines ihr gegenübergestellten Gegenvorschlags elegant genommen. Von unserer Nachbefragung sind bezüglich der Entscheidungsmotive keine sensationellen Ergebnisse zu erwarten. Von grösserem Interesse ist dagegen die Abklärung des Stimmverhaltens der einzelnen Merkmalsgruppen. Wie haben beispielsweise die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien gestimmt? Haben ferner die Frauen die Initiative überdurchschnittlich stark unterstützt, möglicherweise gar durch eine relativ starke Stimmbeteiligung?

Das Problem des Abstimmungsverfahrens bei Initiative und Gegenvorschlag wurde zwar durch den Ausgang der Abstimmung in den Hintergrund gedrängt, bleibt aber weiterhin bestehen. Wir präsentieren deshalb auch die Antworten der Interviewten zu Fragen über diesen Aspekt der direkten Demokratie.

1) Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Beginnen wir mit der Frage, welche Merkmale das Stimmverhalten der Urnengänger beeinflussen haben. Dies haben wir wie üblich mittels Chi-Quadrat-Tests abgeklärt. Tabelle 1 enthält die Ja-Stimmenanteile aller Merkmalsgruppen, und zwar sowohl für die Initiative als auch für den Gegenvorschlag. Weiter ist aus der Tabelle auch ersichtlich, welche Merkmale das Stimmverhalten signifikant beeinflussen haben. Für uns sind jene Beziehungen zwischen zwei Variablen signifikant, die in einem Chi-Quadrat-Test mindestens das Signifikanzniveau von 0.1 erreichen. Je kleiner diese Zahl für das Signifikanzniveau, desto stärker die Beziehung zwischen den beiden Variablen.

Trotz der insgesamt deutlichen Annahme der Initiative für eine dauernde Preisüberwachung lassen sich einige Konfliktfronten ausmachen. Tabelle 1 zeigt uns nämlich, dass insbesondere die Merkmale Parteisympathie und Beruf der Befragten das Stimmverhalten stark beeinflussen haben. Wenn wir die Gesamtheit der Urnengänger nach diesen Merkmalen differenzieren, finden wir sowohl diejenigen Merkmalsgruppen mit den höchsten als auch diejenigen mit den tiefsten Ja-Anteilen: Die SP- und LdU-Sympathisanten weisen nicht nur weit überdurchschnittliche Ja-Anteile auf; sie standen praktisch geschlossen hinter der Initiative. Auch die Arbeiter stimmten dem Volksbegehren stark überdurchschnittlich zu. Am anderen Ende der Skala finden wir die SVP- und FdP-Sympathisanten sowie die Landwirte: Diese Gruppen haben die Initiative klar ver-

worfen. Die Anhänger von LdU und SP weisen übrigens dreimal so hohe Ja-Anteile auf wie diejenigen von SVP und FdP!

Auch beim Gegenvorschlag hat die Parteisympathie der Befragten deren Stimmverhalten stark beeinflusst: Weder LdU- noch SP-Anhänger konnten diesem irgendetwas abgewinnen, während andererseits die Sympathisanten von CVP und SVP die relativ höchsten Ja-Anteile aufweisen. Allerdings gilt beim Gegenvorschlag die folgende Feststellung: Wie kein einziger Kanton, so hat auch keine einzige Merkmalsgruppe diesen angenommen.

Wir haben festgestellt, dass bei der Abstimmung über die Preisüberwachungs-Initiative und den Gegenvorschlag die Parteisympathie die wichtigste Konfliktfront darstellt. Nun möchten wir noch kurz auf einen besonderen Aspekt dieser Abstimmung eingehen. Zwar ist bei keiner Merkmalsgruppe ein doppeltes Nein zu finden, aber bei einzelnen ein stark ausgeprägtes Nein für beide Varianten. Dazu haben wir in Tabelle 2 das kombinierte Stimmverhalten bei Initiative und Gegenvorschlag, differenziert nach der Parteisympathie angegeben. Die vielen Nein/Nein-Parolen von FdP- und SVP-Kantonalparteien sind nicht ohne Wirkung geblieben: 40% bzw. 33% der Anhänger dieser Parteien votierten gegen jegliche Form der Preisüberwachung. Sind ihre Ja-Anteile bei der Initiative halb so gross (FdP = 32%) oder noch geringer (SVP = 22%) wie der Ja-Anteil der Gesamtheit (Total = 60%), so sind umgekehrt die Anteile der doppelten Nein dieser zwei Gruppen fast (SVP = 33%) oder mehr als doppelt (FdP = 40%) so gross wie derjenige der Gesamtheit (Total = 18%). Insgesamt hat aber doch nur jeder fünfte Urnengänger sowohl Initiative wie Gegenvorschlag abgelehnt (Total 18% Nein/Nein).

Kehren wir zurück zur Tabelle 1. Dort sehen wir, dass ausser der Parteisympathie und dem Beruf noch weitere Merkmale den Entscheid für die Initiative signifikant, aber weniger stark beeinflusst haben. Es sind dies die Sprachgruppenzugehörigkeit, die Siedlungsart und die politische Integration der Interviewten. Die Sprachgruppenzugehörigkeit hat in Wirklichkeit nicht so grosse Unterschiede im Stimmverhalten hervorgerufen, wie dies in Tabelle 1 erscheint. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die schon verschiedentlich festgestellte Tendenz der Leute, bei Nachbefragungen ihre Angaben dem «Sieger» anzupassen. Dieser Effekt war offensichtlich im Falle der Preisüberwachungs-Initiative bei den Romands besonders ausgeprägt. Ein Indiz dafür ist schon die Tatsache, dass der Ja-Anteil der Westschweizer gemäss Tabelle 1 mit 78% so hoch ist wie derjenige des mit Abstand am höchsten annehmenden Kantons Jura (vgl. Seite 2). Eine Überprüfung dieses Phänomens anhand der kantonalen Abstimmungsresultate zeigte, dass die Differenz der Ja-Stimmenanteile von Deutschschweiz und Westschweiz bloss etwa 7% beträgt. Stadtbewohner waren der Initiative freundlicher gesinnt als Landbewohner. Und weiter gilt: Je geringer die politische Integration der Befragten, desto höher die Zustimmung zu diesem Volksbegehren.

Schliessen wir diesen Abschnitt mit der Erwähnung einer nicht-signifikanten Beziehung: *Die Frauen haben der Preisüberwachungs-Initiative nicht signifikant stärker zugestimmt als die Männer.* Auch liessen sie sich durch diese Vorlage nicht zu einer relativ überdurchschnittlichen Stimmbeteiligung motivieren. Die Stimmbeteiligung der Frauen war am 28. November 9% tiefer als die der Männer. Dies entspricht ungefähr der durchschnittlichen Differenz der letzten 6 Jahre (Stimmbeteiligung der Männer 11% höher als die der Frauen).

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über die Preisüberwachungs-Initiative und den Gegenvorschlag

Merkmal	Gruppe	Initiative			Gegenvorschlag		
		Ja in %	Gewicht d. Merkmals in bezug auf den Entscheid signifi- kant	Signifikanz- niveau	Ja in %	Gewicht d. Merkmals in bezug auf den Entscheid signifi- kant	Signifikanz- niveau
Geschlecht	Frauen	65	nein		15	nein	
	Männer	60			16		
Alter	20-39jährige	67	nein		13	nein	
	40-64jährige	62			17		
	65-84jährige	57			18		
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	59	ja	0.01	17	nein	
	Westschweiz	78			11		
Stadt/Land	Stadt	68	ja	0.05	12	ja	0.05
	Land	55			20		
Konfession	Katholiken	63	nein		13	nein	
	Reformierte	61			16		
Beruf	Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	49	ja	0.001	19	nein	
	Nicht leitende Angestellte/Beamte	68			15		
	Landwirte	35			22		
	Arbeiter	81			10		
Bildung	Primarschule	67	nein		17	nein	
	Sekundarschule	74			9		
	Berufs-, Gewerbeschule	61			15		
	Gymnasium, Technikum	63			23		
	Uni	52			20		
Parteisympathie	CVP	50	ja	0.001	25	ja	0.001
	FdP	32			23		
	SP	95			3		
	SVP	30			30		
	LdU	100			0		
	Keine	66			14		
Pol. Integration ¹	Hoch	55	ja	0.05	23	nein	
	Mittel	63			13		
	Tief	72			13		
Stichprobe		62			16		
effektives Abstimmungsresultat		56			22		

1 Zum Begriff der «politischen Integration» s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

Tabelle 2 Kombiniertes Stimmverhalten bei Initiative und Gegenvorschlag nach Parteisympathie

Parteisympathie	Stimmverhalten bei Initiative / Gegenvorschlag		
	Ja / Nein in %	Nein / Ja in %	Nein / Nein in %
CVP	45	23	20
FdP	32	23	40
SP	95	3	3
SVP	22	26	33
LdU	100	—	—
keine	65	14	16
Total	60	15	18

2) Die Entscheidungsmotive

Zur Abklärung der Gründe, welche Befürworter und Gegner zu ihrem Entscheid bewegen haben, legten wir den Interviewten eine offene und geschlossene Fragen vor. Tabelle 3 enthält die aus den Antworten auf die offene Frage gebildeten Motiv-Kategorien und deren relatives Gewicht. Die *Befürworter der Initiative* stimmten in erster Linie deshalb Ja, weil sie in die Preisüberwachung als Mittel zur Stabilisierung der Preise Vertrauen haben: 33% von ihnen nannten ein entsprechendes Motiv. Weitere 27% der Ja-Stimmen meinten bloss banalerweise, die Preise müssten eben überwacht werden. Die relativ grosse Anzahl undifferenzierter Antworten lässt sich damit erklären, dass viele Befürworter einfach «ist nötig», «muss etwas geschehen» u.ä. zur Antwort gaben.

Jeder dritte *Gegner der Initiative* verstand sein Nein als Nein gegen den mit der Durchführung verbundenen Verwaltungsaufwand, den Ausbau des Beamtenapparates. Weitere 25% lehnten das Volksbegehren deshalb ab, weil es einen unerwünschten Eingriff in die freie Wirtschaft darstelle. Also auch hier vorwiegend Cliché-Vorstellungen.

Wichtigstes Motiv der *Befürworter des Gegenvorschlags* ist evidenterweise die Feststellung, dieser sei besser als die Initiative, besser, weil zeitlich beschränkt. 29% der Ja-Stimmenden konnten ihren Entscheid nicht differenziert begründen. Die Antworten der *Gegner des Gegenvorschlags* zeigen, wie dieser im Gegensatz zur Initiative als «zu lau» empfunden wurde und deshalb keine Chance hatte. Zusammen über die Hälfte der Nein-Stimmenden gab an, eine dauernde Preisüberwachung sei besser, der Gegenvorschlag sei ungenügend. Weitere 8% fanden ihn unklar und verwirrend. Die Preisüberwachung ist indessen so populär, dass sich viele Stimmbürger gar nicht vorstellen konnten, was anderes denn der Bundesrat einer derart leicht verständlichen Initiative hätte gegenüberstellen können.

Tabelle 3 Entscheidungsmotive

Motiv	% der Nennungen
INITIATIVE	
<i>Ja-Motive</i>	
- Teuerung bremsen / Preise stabilisieren / Psychologische Wirkung	33
- Preise müssen überwacht / kontrolliert werden / Preisüberwacher	27
- Konsumenten schützen / Gegen Wucher / Spekulanten	8
- Initiative besser als Gegenvorschlag	5
Undifferenziert / Weiss nicht	20
<i>Nein-Motive</i>	
- Verwaltungsaufwand / Beamtenapparat / Zu teuer	34
- Marktwirtschaft eingeengt / Wettbewerb soll spielen	25
- Initiative geht zu weit / Gegenvorschlag besser	15
Undifferenziert / Weiss nicht	19
GEGENVORSCHLAG	
<i>Ja-Motive</i>	
- Besser als Initiative / Zeitlich beschränkt	37
- Wirksam / Hat positiven Einfluss	16
- Gleich wie in den 70er Jahren / Wie mit Schürmann / Schlumpf	10
- Schutz der Konsumenten	6
Undifferenziert / Weiss nicht	29
<i>Nein-Motive</i>	
- Ungenügend / Nutzlos / Zu schwach	28
- Initiative besser / Dauernde Preisüberwachung besser / Gegenvorschlag nur taktisches Manöver	26
- Unklar / Verwirrend	8
- Verwaltungsaufwand / Beamtenapparat	8
- 2 mal Ja nicht möglich	7
- Marktwirtschaft eingeengt / Wettbewerb soll spielen	5
Undifferenziert / Weiss nicht	14

Wir haben den Befragten weiter einige von jenen Argumenten vorgelegt, die im Abstimmungskampf am häufigsten Pro und Contra die Initiative und/oder den Gegenvorschlag genannt worden sind. Sie sind in den Tabellen 4 und 5 im Wortlaut enthalten. Im Fragebogen waren Pro- und Contra-Argumente gemischt. Die Interviewten konnten sich mit diesen Argumenten jeweils «voll einverstanden», «einigermaßen einverstanden», «eher nicht einverstanden» oder «überhaupt nicht einverstanden» erklären. In den erwähnten Tabellen haben wir in der ersten Kolonne des Totals die Antworten für die Gesamtheit aller Befragten nach dem Grad des Einverständnisses prozentuiert. In den drei rechts folgenden Kolonnen untersuchen wir nur den Einverständnisgrad der effektiv Stimmenden (zusammengefasst unter dem Sammelnamen Urnengänger). Und zwar gliedern wir die befragten Urnengänger nach den genau gleichen Stimmverhaltenskombinationen, wie wir dies bei den Parteisympathisanten vorne in Tabelle 2 schon getan haben (unterschiedliche Varianten im Verhalten zu Initiative/Gegenvorschlag). Die wirtschaftspolitischen Konfliktfronten, die sich in der Stellungnahme zu jenen Argumenten ergeben, welche die Meinungsbildung im Abstimmungskampf dominiert haben, sind leichter erkennbar, wenn man die Einverständnis- ($1 + 2 = E$) und Nicht-Einverständnisgruppen ($3 + 4 = NE$) zwecks Profilierung zusammenfasst. Gleichzeitig reduzieren wir die Argumente auf jene Reizwörter, die am meisten Zustimmung oder Widerspruch finden konnten. Dies wird in Tabelle 6 getan. Sie zeigt uns zunächst einmal für die *unbedingten Gegner des Staatseingriffs* ein ganz eindeutiges Bild: Wettbewerb ist effektiver als jeder Staatseingriff; dieser wird nicht nur als Schnüffelei, sondern auch als lächerlich empfunden, weil man den Monopolen ohnehin nicht beikommt. Für die Staatsgegner ist dann die Frage der zeitlichen Beschränkung nicht noch von ausschlaggebendem Interesse. Die Stellungnahme der *unbedingten Befürworter* ist spiegelbildlich. Interessant ist, dass die *bedingten Anhänger* der Preisüberwachung abgesehen von der für sie massgebenden zeitlichen Beschränkung nur darin von den «unbedingten» abweichen, dass sie die preisdämpfende Wirkung des Wettbewerbs positiver einschätzen. Gerade in dieser Beziehung zeigen sich merkwürdige Widersprüche in der Beurteilung der Kartelle.

3) Ansichten und Meinungen zum Kartellgesetz

Die Gegenstrategie gegen die Preisüberwachungs-Initiative hatte der Bundesrat ursprünglich zweigleisig angelegt. Einerseits legte er einen Gegenvorschlag vor, der eine konjunkturabhängige, zeitlich befristete Preisüberwachung zum Inhalt hatte. Was den mangelnden Wettbewerb anbelangt, versuchte der Bundesrat dem Volksbegehren dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, dass er die Revision des Kartellgesetzes dazu benützen wollte, die Kartelle an der Preismanipulation zu hindern. Das zweite Vorhaben durchkreuzte jedoch der Ständerat, indem er dem Kartellgesetz die schärferen «Zähne» wegrevidierte. Wir haben den Interviewten einige Statements zu Fragen des Kartellgesetzes vorgelegt. Sie sind in den Tabellen 7 und 8 enthalten. Diese sind gleich aufgebaut wie die Tabellen 4 und 5. Während sich die Ansichten in Tabelle 7 mehr auf die ständerätliche Aktivität beziehen, betreffen diejenigen in Tabelle 8 vor allem jene Bereiche, in denen der Bundesrat eine schärfere Gangart vorgesehen hatte. Die Auswertung der Tabellen 7 und 8

Tabelle 4 Preisüberwachung — Das Gewicht einzelner Pro-Argumente (Initiative und/ oder Gegenvorschlag)

Argument	Total										Urnengänger										
	Ja/Nein-Stimmende					Stimmverhalten bei Initiative/ Gegenvorschlag					Nein/Nein-Stimmende										
	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5						
A	Wir leben in einer Zeit zunehmender Teuerung. Zwar wird sie teilweise «importiert» (z.B. Erdöl), doch gibt es auch viele Grossbetriebe mit Monopoleigenschaften (etwa die Konzerne in der Chemie und Nahrungsmittelindustrie), welche die Preise künstlich in die Höhe schrauben. Darum ist eine staatliche Kontrolle unerlässlich. In den siebenziger Jahren haben wir mit der Preisüberwachung gute Erfahrungen gemacht. Die Preise gingen zurück. Deshalb wird sich die Preisüberwachung auch in Zukunft günstig auswirken.	45	31	10	6	8	61	28	5	2	5	22	33	29	4	12	15	20	32	28	5
B	Das Gute an der Initiative ist, dass sie am richtigen Ort, bei der Kontrolle des Wettbewerbs, ansetzt. Sie ist eine klare Antwort auf die Wettbewerbsbehinderungen, welche die Kartelle auf dem Gewissen haben.	39	29	13	6	12	55	29	6	5	5	22	37	22	6	12	10	18	37	23	12
C	Die Preisüberwachung soll, wie in den Jahren 1973 und 75 und wie es der Gegenvorschlag vorsteht, zeitlich befristet sein.	27	28	11	8	27	43	32	5	3	17	6	31	25	10	29	12	13	23	35	17
D	Ich finde es lächerlich, dass der Gegenvorschlag die Preise nur bei «übersteigter Nachfrage», also bei Hochkonjunktur überwachen will, obwohl wir wohl für Jahre mit einer sich verschärfenden Arbeitslosigkeit rechnen müssen.	14	12	19	39	16	4	8	20	59	9	59	18	4	10	8	20	12	18	37	13
E	Das Gute an der Initiative ist, dass sie am richtigen Ort, bei der Kontrolle des Wettbewerbs, ansetzt. Sie ist eine klare Antwort auf die Wettbewerbsbehinderungen, welche die Kartelle auf dem Gewissen haben.	35	17	12	16	21	50	16	8	13	13	4	12	31	39	14	10	10	22	28	30

*1 = voll einverstanden
 2 = einigermaßen einverstanden
 3 = eher nicht einverstanden
 4 = überhaupt nicht einverstanden
 5 = keine Meinung

Nennungen in %

Tabelle 5 Preisüberwachung — Das Gewicht einzelner Contra-Argumente

Argument	Total					Urnengänger bei Initiative/ Gegenvorschlag														
	Stimmverhalten bei Initiative/ Gegenvorschlag					Stimmverhalten bei Initiative/ Gegenvorschlag														
	Ja/Nein-Stimmende	Ja/Nein-Stimmende	Ja/Nein-Stimmende	Ja/Nein-Stimmende	Ja/Nein-Stimmende	Nein/Nein-Stimmende	Nein/Nein-Stimmende	Nein/Nein-Stimmende	Nein/Nein-Stimmende	Nein/Nein-Stimmende										
	*1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5					
F	23	27	22	15	14	21	22	29	18	10	16	25	27	14	18	23	28	23	18	7
Die Initiative verlangt, dass missbräuchlich übersetzte Preise herabgesetzt werden können. Es ist doch eine naive Auffassung, der Staat könne sich gegenüber solchen Riesenbetrieben (Multis!) durchsetzen.																				
G	10	12	27	35	16	3	7	28	51	11	14	33	18	18	16	47	18	17	8	10
Die Preisüberwachung ist eine staatliche Schnüffelerei im Bereich des freien Wettbewerbs und engt die private Wirtschaft noch mehr ein.																				
H	19	25	24	14	18	8	27	32	21	12	33	29	16	8	14	58	23	7	0	12
Den Rückgang der Teuerung in den Jahren 1974 bis 77 verdanken wir nicht der Preisüberwachung, sondern der Tatsache, dass in der Krise der Wettbewerb härter gewesen ist. Freier Wettbewerb sorgt am besten für niedrige Preise.																				

*1 = voll einverstanden

2 = einigermaßen einverstanden

3 = eher nicht einverstanden

4 = überhaupt nicht einverstanden

5 = keine Meinung

Nennungen in %

Tabelle 6 Konfliktfronten zwischen Befürwortern und Gegnern von Staatseingriffen

Argument	Total		Urnengänger Stimmverhalten bei Initiative / Gegenvorschlag					
			Ja / Nein Unbedingte An- hänger der Preis- überwachung (60%)		Nein / Ja Bedingte An- hänger der Preis- überwachung (15%)		Nein / Nein Unbedingte Gegner des Staatsein- griffs (18%)	
	*E	NE	E	NE	E	NE	E	NE
B Popularität Preisüberwachung	+ 68		+ 84		+ 59			- 60
H Wettbewerb effizienter als Preis- überwachung				- 53	+ 62		+ 81	
A Monopole machen Preisüberwachung nötig	+ 76		+ 89		+ 55			- 60
F Staat gegenüber Mono- polen zu schwach	+ 50						+ 51	
G Preisüberwachung gleich staatl. Schnüffelei		- 62		- 79			+ 65	
D Ja zur zeitlichen Befristung		- 58		- 79	+ 77			-(55)
*E Preisüberwachung als Dauereinrichtung	+ 52		+ 66			- 70		-(50)

*E = Einverstanden; entspricht den Gruppen 1 + 2 in den Tabellen 4 und 5

NE = Nicht-Einverstanden; entspricht den Gruppen 3 + 4 in den Tabellen 4 und 5

vermittelt uns Einblicke in die Verhältnisse, die wir aus der Verarbeitung der Tabellen 4 und 5 bereits gewonnen haben. Sie sind weiter oben in Tabelle 6 zusammengestellt worden. Parallel zu dieser Tabelle fassen wir nun die wichtigsten Einsichten, die sich aus den Antworten zur Kartellfrage (Tabellen 7 und 8) gewinnen lassen, in einer gleich angelegten Tabelle 9 zusammen. Da ein wettbewerbsförderndes Kartellgesetz als Alternative zur Preisüberwachung gedacht war, erscheinen die Konfliktfronten von Befürwortern und Gegnern des Staatseingriffs zwar ähnlich, aber gleichzeitig doch in einem wesentlich andern Licht. Ein Staatseingriff, der das bestehende, monopol- und kartellfreundliche Wirtschaftssystem stört, wird ganz anders bewertet als einer, der die Vorteile gerade jener Wirtschaftskreise stören würde, die von der markthemmenden Freiheitsbeschränkung von Kartellen und Monopolen direkt profitieren und sich deshalb eine staatliche Beschränkung ihrer «Freiheit zum Profit» nicht gefallen lassen wollen. Das auffallendste an der Tabelle 9 lässt sich in drei Punkten zusammenfassen: 1. Bei zentralen Fragen (I, K, M) wissen viele Befragte entweder keinen Bescheid oder verweigern die Antwort. 2. Das könnte ebenso gut mit der seltsamen Widersprüchlichkeit übereinstimmen, mit welcher auf die Fragen (C, I, L, P) reagiert wird, wie mit der Einmütigkeit, mit welcher den Kar-

Tabelle 7 Ansichten zum Kartellgesetz (ständerätliche Version)

Ansicht	Total	Stimmverhalten bei Initiative / Gegenvorschlag														
		Ja / Nein-Stimmende					Nein / Ja-Stimmende									
		*1	2	3	4	5	1	2	3	4	5					
I	12 20 21 23 24	13	18	21	32	16	10	18	20	27	25	17	33	20	15	15
K	20 30 17 7 26	20	32	18	7	23	18	20	31	12	18	12	20	33	13	22
L	36 25 10 8 22	41	22	11	11	15	33	25	12	10	20	40	32	8	3	17
M	18 22 9 6 45	22	23	10	7	38	12	27	10	10	41	20	18	8	12	42

- *1 = voll einverstanden
 2 = einigermaßen einverstanden
 3 = eher nicht einverstanden
 4 = überhaupt nicht einverstanden
 5 = keine Meinung
- Nennungen in %

Tabelle 8 Ansichten zum Kartellgesetz (ursprünglicher Entwurf)

Ansicht	Total										Stimmverhalten bei Initiative/ Gegenvorschlag										Urnenwähler																			
	Ja/Nein-Stimmende					Nein/Ja-Stimmende					Ja/Nein-Stimmende					Nein/Ja-Stimmende					Nein/Nein-Stimmende					Nein/Nein-Stimmende														
	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5															
N	43 26 6 4 21										53 23 2 3 19										31 25 12 12 20										40 27 8 12 13									
	*1																																							
O	29 23 14 10 24										34 24 15 7 21										20 14 29 14 22										28 15 15 27 15									
P	16 20 20 16 28										12 20 24 22 22										22 22 18 10 27										45 25 14 5 12									
Q	43 27 4 4 23										57 22 3 1 17										35 35 10 4 16										38 32 7 13 10									

- *1 = voll einverstanden
 - 2 = einigermassen einverstanden
 - 3 = eher nicht einverstanden
 - 4 = überhaupt nicht einverstanden
 - 5 = keine Meinung
- Nennungen in %

Tabelle 9 Konfliktfronten in der Frage von Staatseingriffen im Kartellgesetz

Ansicht	Total	Urnengänger											
		Stimmverhalten bei Initiative / Ja / Nein Unbedingte An- hänger der Preis- überwachung (60%)			Gegenvorschlag Nein / Ja Bedingte An- hänger der Preis- überwachung (15%)			Nein / Nein Unbed. Gegner des Staatsein- griffs (18%)					
	*E	NE	KM	E	NE	KM	E	NE	KM	E	NE	KM	
Q Schutz d. Konsumenten vor Wettbewerbsbehinderung	+ 70			+ 79			+ 70			+ 70			
P Wettbewerbsfördernde Kartellbeschränkung macht Preisüberw. überflüssig			28	-46	22		+ 44		27	+ 70			
C Initiative als Antwort auf wettbewerbsfeindliches Kartellgesetz d. StR	+ 55			+ 75					29			-58	
I Kartelle = Garantie einer gesunden Wirtschaft		-44	24		-53				25	+ 50			
L Kartelle sind zu bejahen, weil sie Kleinunternehmen schützen	+ 61			+ 63			+ 58			+ 72			
K Im StR Marktwirtschaft blosses Lippenbekenntnis	+ 50			+ 52		23		-43	18			-46 22	
M StR verhindert freien Wettbewerb			45			38			41			42	
N Ein Kartellgesetz soll mithelfen, Monopole zu kontrollieren	+ 69			+ 76			+ 56			+ 67			
O Ein griffiges Kartellgesetz sollte bestehende Monopole reduzieren	+ 52			+ 58					-43	+ 43		-42	

*E = Einverstanden; entspricht den Gruppen 1 + 2 in den Tabellen 7 und 8

NE = Nicht-Einverstanden; entspricht den Gruppen 3 + 4 in den Tabellen 7 und 8

KM = Keine Meinung; entspricht der Gruppe 5 in den Tabellen 7 und 8

tellen der Kampf angesagt wird (N, O, Q). Wer die Ständeratsverhandlungen im Spiegel der Presse studiert hat, konnte feststellen, wie exklusiv hier über theoretische Fragen oder gewisse Geschäftspraktiken debattiert wurde, von denen wohl 90% der Zeitungsleser keine Ahnung haben. Auch wer sich in der Abstimmung als unbedingter Gegner des Staatseingriffs zu erkennen gab, vermochte weder den Zusammenhang noch den Unterschied zwischen der Preis-«Kontrolle» durch Kartelle und durch einen Preisüberwacher zu erkennen. Unter P bejahen z.B. 70% der *Staatseingriff-Gegner* die Überflüssigkeit der Preisüberwachung; unter C verneinten dagegen 58%, dass die Initiative nach der Meinung des Bundesrates durch ein lupenfrei liberales Mittel (der Bundesrat wollte das Kartellgesetz so liberal als möglich ausgestalten) ersetzt werden müsste. Denn 50% dieser Gruppe erblicken (vgl. I) in den Kartellen *von vornherein* ein Kennzeichen für eine gesunde Wirtschaft. Sie weigern sich deshalb (46% bei K), im Resultat der Ständeratsverhandlungen ein «wettbewerbspolitisches Trauerspiel» (NZZ) zu erblicken. Ebensov wenig trauen sie einem griffigen Kartellgesetz eine effiziente Monopolbekämpfung zu (43% Einverstanden, 42% Nicht-Einverstanden bei O).

Ungefähr spiegelbildlich verhalten sich die *unbedingten und bedingten Anhänger der Preisüberwachung* (z.B. 79% E bei Q, 75% E bei C, 58% E bei O). Mit einer einzigen bezeichnenden Ausnahme: Durchs Band weg wird ein «zahmes» Kartellgesetz darum bejaht, weil es die *Kleinbetriebe schützen* soll (61%, 63%, 58% und 72% E bei L). Daraus wird dann logischerweise ein scharfes Kartellgesetz nur insofern bejaht, als damit Monopolstellungen, also Grossunternehmungen (Konzerne!) bekämpft werden können (69%, 76%, 56% und 67% E bei N). Offenbar erwartet man ungerechtfertigte Preissteigerungen nur von dieser Seite. Sonst würden nicht *alle* Richtungen *gleichzeitig* den Schutz von Kleinunternehmen und den *Konsumentenschutz* befürworten (70%, 79%, 70% und 70% E bei Q). Die bundesrätliche Lösung wird hier der ständerätlichen vorgezogen. Die Meinungen spiegeln somit durchaus die schweizerische «*Realität*» wider: *Durchkartellierung vieler Wirtschaftszweige bei gleichzeitig dominierender Ideologie des «freien Wettbewerbs»*.

4) *Meinungen zum Problem des Abstimmungsverfahrens bei Initiative und Gegenvorschlag*

Auch wenn im Falle der Preisüberwachung die Initiative trotz eines ihr gegenübergestellten Gegenvorschlags angenommen wurde, bleibt das bestehende Abstimmungsverfahren in solchen Fällen problematisch. Der seltene Erfolg einer Initiative trotz eines Gegenvorschlags kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass beim heute noch gültigen Verfahren diejenigen Stimmen, die grundsätzlich für eine Neuerung abgegeben werden, aufgeteilt werden. Da ein doppeltes Ja unzulässig ist, stehen den Ja-Stimmen für eine Initiative nicht bloss jene (doppelten) Nein-Stimmen gegenüber, die gegen jegliche Neuerung gerichtet sind, sondern auch alle Stimmen für eine gemässigte Neuerung. Wer umgekehrt einen Gegenvorschlag befürwortet, muss damit rechnen, dass sein Ja entwertet wird durch das Ja zur weitergehenden Initiative. Wir haben zu diesem Problemkreis einige Fragen zusammengestellt und die Befragten gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Diese

Fragen und die Antworten darauf sind in den Tabellen 8 bis 11 enthalten. Wir müssen jedoch gleich vorweg darauf hinweisen, dass zwei Faktoren den «Neuerungswillen» der Befragten negativ beeinflusst haben dürften. Erstens hat sicher die bereits erwähnte Annahme der Preisüberwachungs-Initiative einen solchen Einfluss gehabt. Zweitens mochten aber auch die Fragen, gerade zum Verfahren mit Eventual- und definitiver Abstimmung den Interviewten kompliziert erschienen sein und sie deshalb vor einer Änderung des Status quo abgeschreckt haben.

Wie Tabelle 8 zeigt, wird die Möglichkeit des doppelten Ja eher skeptisch aufgenommen: Nur 29% der Befragten würden sie begrüßen, während 43% sie eher ablehnen. Leider wollten sich 29% dazu nicht äussern. Das Verfahren mit Eventual- und definitiver Abstimmung in einem einzigen Urnengang wird ähnlich skeptisch beurteilt: Gemäss Tabelle 9 sind bloss 28% der Interviewten für diese Neuerung, 43% dagegen und 29% haben wiederum keine Meinung. Das grundsätzlich gleiche Verfahren, aber durchgeführt in zwei Urnengängen, wird dagegen deutlich, nämlich von 58% aller Befragten, abgelehnt (Tabelle 10).

Schliesslich stellten wir die grundsätzliche Frage, ob überhaupt eine dieser Neuerungen dem Status quo vorgezogen werde. Tabelle 11 zeigt uns, dass die Antworten darauf doch erstaunlich eindeutig ausfielen: Mit 55% spricht sich eine Mehrheit der Interviewten dafür aus, alles beim Alten zu lassen, während nur 27% grundsätzlich etwas ändern möchten. Sicherlich haben die eingangs erwähnten zwei Faktoren zur Bevorzugung des Status quo beigetragen. Nichtsdestotrotz ist der «fehlende Mut» für eine Änderung des Abstimmungsverfahrens insofern erstaunlich, als die erfragten Neuerungen in einzelnen Kantonen mit Erfolg eingeführt worden sind. Die global betrachteten negativen Ergebnisse unserer Fragen sollten aber nicht zum Anlass genommen werden, die Hände in den Schoss zu legen. Die Frage der Ermöglichung des doppelten Ja wird immerhin von einzelnen Gruppen abweichend beurteilt. Bei folgenden Merkmalsgruppen ist nämlich der Anteil der positiven, neuerungswilligen Antworten grösser als derjenige der negativen: SP-, LdU-, POCH- und EVP-Sympathisanten sowie Uni-Absolventen. Dabei handelt es sich gerade um die Anhänger jener Parteien, die zur Artikulierung ihrer Interessen im politischen System Schweiz stärker auf das Instrument der Volksinitiative angewiesen sind als die anderen Parteien. Die Uni-Absolventen ihrerseits bilden jene Gruppe, die von ihrem Bildungsstand her am ehesten in der Lage ist, das Unbefriedigende am gegenwärtigen Abstimmungsverfahren zu ermassen.

Tabelle 10 Doppeltes Ja

Frage	*1	2	3
«Gegenwärtig gilt (auf eidgenössischer) Ebene der Grundsatz: «Zwei Ja sind ungültig». Im Kanton Bern hat aber eine neue Regelung mit der Ermöglichung des «doppelten Ja» gezeigt, dass die Annahme einer Initiative erleichtert werden kann. Würden Sie das «doppelte Ja» eher begrüßen oder eher ablehnen?»	29	43	28
*1 = eher begrüßen 2 = eher ablehnen	3	= keine Meinung	
	Nennungen in %		

Tabelle 11 Eventual- und definitive Abstimmung in *einem* Umgang

Frage *1 2 3

«Eine andere Methode besteht darin, zwei mal abzustimmen. Sie wird z.B. an einer Landsgemeinde, aber auch in den Kantonen St. Gallen und Schaffhausen angewendet. Man muss sich vor Augen halten, dass man bei einer Auswahl zwischen *zwei* Varianten im Grunde genommen *drei* Fragen beantworten muss:
Nämlich (1. und 2.), ob man die eine Variante (z.B. die Initiative) der andern (z.B. Gegenvorschlag) vorzieht. Man gibt zu zwei Gegenständen ein Ja oder Nein ab. 3. Darüber hinaus sollte man aber noch zusätzlich entscheiden können, ob man überhaupt etwas ändern will oder nicht. Bis jetzt resultierte fast nur das doppelte Nein. Nun kann man auch auf eine andere Weise dafür sorgen, dass die eine oder andere Variante angenommen wird. Wie geht man in einem solchen Fall abstimmungstechnisch vor:
Man stellt zuerst (provisorisch) in einer Eventualabstimmung die Initiative dem Gegenvorschlag gegenüber. Sodann kann man anschliessend Ja oder Nein sagen zu jener Vorlage, die am meisten Ja erhalten hat, die also gesiegt hat. Es bestehen dabei wieder zwei Varianten beim Vorgehen: Entweder erledigt man alles in *einem einzigen* Abstimmungsakt und erhält dann folgenden Abstimmungszettel:

Es ist entscheidend, für welche der beiden Varianten mehr Ja-Stimmen abgegeben werden.
Eine der Varianten muss mit Ja beantwortet werden.



Eventual-Abstimmung / Vorabstimmung	Ziehen Sie die <i>Initiative</i> dem Gegenvorschlag vor? Ja / Nein	Ziehen Sie den <i>Gegenvorschlag</i> der Initiative vor? Ja / Nein
Definitive Abstimmung	Wollen Sie die in der <i>Vorabstimmung</i> eventuell siegreiche Initiative annehmen? Ja / Nein	Wollen Sie den in der <i>Vorabstimmung</i> eventuell siegreichen Gegenvorschlag annehmen? Ja / Nein

Der Nachteil bei diesem Vorgehen besteht darin, dass man den definitiven Entscheid fällen muss ohne zu wissen, welche der beiden Vorlagen in der Vorabstimmung mehr Ja aufweist. Dafür kann man alles in *einem einzigen* Abstimmungsakt erledigen.

Würden Sie dieses Abstimmungsverfahren «eher begrüßen» oder «eher ablehnen»?»

- *1 = eher begrüßen
 - 2 = eher ablehnen
 - 3 = keine Meinung
- Nennungen in %

Tabelle 12 Eventual- und definitive Abstimmung in zwei Urnengängen

Frage	*1	2	3
«Die andere Möglichkeit besteht darin, dass man für <i>jeden</i> Entscheid eine <i>besondere Abstimmung</i> veranstaltet. Dafür muss man dann aber zweimal an die Urne gehen. Man weiss jedoch <i>vor</i> der definitiven Abstimmung, wie das Resultat der Eventualabstimmung aussieht und kann sich in der zweiten Abstimmung für oder gegen eine Variante entscheiden, die einem bekannt ist. Nachteilig ist dagegen, dass die Stimmbeteiligung unterschiedlich sein kann.	15	58	27
Würden Sie dieses Abstimmungsverfahren «eher begrüßen» oder «eher ablehnen»?»			
*1 = eher begrüßen	Nennungen in %		
2 = eher ablehnen			
3 = keine Meinung			

Tabelle 13 Neuerung oder Alles beim Alten lassen?

Frage	*1	2	3
«Schliesslich gibt es noch die Möglichkeit, alles beim Alten zu lassen, also überhaupt nichts zu ändern. Was ziehen Sie vor, eine der besprochenen Neuerungen oder keine Veränderung am bisherigen Verfahren?»	27	55	18
*1 = Ziehe eine der besprochenen Neuerungen vor	Nennungen in %		
2 = Ziehe vor, nichts zu ändern, beim Alten lassen			
3 = keine Meinung			

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. November 1982

Zusammenfassung

Die Preisüberwachung ist im Volk so populär, dass die entsprechende Initiative trotz eines ihr gegenübergestellten Gegenvorschlags angenommen wurde. Die Auswertung unserer Nachbefragung lässt jene Konfliktfronten klar zu Tage treten, die bei dieser Abstimmung eine Rolle gespielt haben. Vorweg sei jedoch ein Merkmal erwähnt, welches das Stimmverhalten nicht signifikant beeinflusst hat: Das Geschlecht. *Die Frauen haben nämlich der Preisüberwachungs-Initiative nicht signifikant stärker zugestimmt als die Männer.* Auch liessen sie sich durch diese Vorlage nicht zu einer relativ überdurchschnittlichen Stimmbeteiligung motivieren. Hingegen hat die *Parteisympathie* der Befragten deren Stimmverhalten sowohl bei der Initiative als auch beim Gegenvorschlag sehr stark beeinflusst. Die *Anhänger von SP und LdU standen praktisch geschlossen hinter der Initiative* und konnten dem Gegenvorschlag nichts abgewinnen. Ganz anders dagegen die *Sympathisanten von SVP und FdP: Sie haben die Initiative klar verworfen* und weisen dagegen beim Gegenvorschlag, zusammen mit den CVP-Sympathisanten, überdurchschnittlich viele Ja-Stimmen auf, ohne ihn allerdings anzunehmen. *Von den Anhängern der FdP und der SVP haben ferner überdurchschnittlich viele sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag abgelehnt.* Auch der *Beruf* hat das Stimmverhalten bei der Initiative stark beeinflusst: Am unteren Ende der Skala finden wir hier die *Landwirte*, die das Volksbegehren *klar verworfen* haben; am oberen Ende sind dagegen die *stark überdurchschnittlich annehmenden Arbeiter* anzutreffen. Das Entscheidverhalten der Befragten bei der Initiative wurde ferner noch von den Merkmalen *Sprachgruppenzugehörigkeit, Siedlungsart und politische Integration* beeinflusst. So haben die Romands, die Stadtbewohner und die politisch schwach Integrierten die Preisüberwachungs-Initiative überdurchschnittlich stark angenommen. Das Gegenteil, nämlich eine unterdurchschnittliche Annahme, trifft für die Deutschschweizer, die Landbewohner und die politisch hoch Integrierten zu.

Die offene Frage nach den Entscheidungsmotiven brachte keine sensationellen Ergebnisse. Aufschlussreich sind hingegen die Stellungnahmen der Befragten zu verschiedenen Pro- und Contra-Argumenten sowie Ansichten über das sich in Revision befindende Kartellgesetz. Wenn man die interviewten Urnengänger nämlich nach den drei Stimmverhaltenskombinationen Befürworter der Initiative, Befürworter des Gegenvorschlags und Gegner jeglicher Preisüberwachung gliedert, erkennt man die *wirtschaftspolitischen Konfliktfronten*. Deutlich heben sich die *Gegner jeglicher Preisüberwachung* als unbedingte Gegner des Staatseingriffs von den andern zwei Gruppen ab: *Für sie ist Wettbewerb effektiver als jeder Staats-*

eingriff, ein solcher stellt nur eine Schnüffelei dar. Andererseits halten sie die *Existenz vieler Kartelle für ein Kennzeichen einer gesunden Wirtschaft*. Ihnen ist also weder der Zusammenhang noch der Unterschied zwischen der Preis-«Kontrolle» durch Kartelle und durch einen Preisüberwacher klar. Die *Befürworter des Gegenvorschlags* unterscheiden sich darin von den *Befürwortern der Initiative*, dass sie die *preisdämpfende Wirkung des Wettbewerbs positiver einschätzen*. Für alle drei Gruppen gilt: Ein «zahmes» Kartellgesetz wird bejaht, weil es die *Kleinbetriebe schützen* soll; ein «scharfes» Kartellgesetz wird dann logischerweise nur insofern bejaht, als damit *Monopole, also Grossunternehmungen bekämpft* werden können. Man erwartet also ungerechtfertigte Preissteigerungen nur von dieser Seite. Insgesamt *spiegelt sich* in den Meinungen der Befragten zum Kartellgesetz durchaus *die schweizerische Realität: Durchkartellierung vieler Wirtschaftszweige bei gleichzeitig dominierender Ideologie des «freien Wettbewerbs»*.

Die Antworten zu einigen Fragen betreffend das *Abstimmungsverfahren bei Initiative und Gegenvorschlag* lassen den «Neuerungswillen» bei den Interviewten missen. Nach eher negativen Äusserungen zu alternativen Neuerungsmöglichkeiten *sprachen sich 55% von ihnen für die Beibehaltung des bestehenden Abstimmungsverfahrens* aus. Dieses Votum für den Status quo ist allerdings durch zwei Faktoren verstärkt worden. Erstens hat die Annahme der Preisüberwachungs-Initiative trotz eines ihr gegenübergestellten Gegenvorschlags die grundsätzliche Problematik des bestehenden Verfahrens in den Hintergrund gedrängt. Zweitens waren die Fragen, in denen die alternativen Möglichkeiten kurz skizziert wurden, teilweise etwas kompliziert.

Analyse de la votation fédérale du 28 novembre 1982

Récapitulation des résultats principaux

La surveillance des prix est à ce point populaire, que l'initiative correspondante a été approuvée malgré le contre-projet. Les résultats de notre enquête nous ont permis de dessiner les principaux fronts qui ont joué un rôle lors du scrutin. Avant tout, il nous faut cependant évoquer une caractéristique qui n'a pas influencé de manière significative l'issue du vote: le sexe. *Les femmes n'ont en effet pas accepté la surveillance des prix dans une proportion plus forte que les hommes.* En outre, l'attrait du contenu de l'initiative ne les a pas mobilisées davantage que lors des consultations populaires précédentes. *Les affinités partisans* ont, en revanche, fortement influencé le vote des personnes interrogées. *Les sympathisants du PSS et de l'AdI se sont prononcés «en bloc» en faveur de l'initiative,* ne laissant pratiquement aucune voix au contre-projet. A l'inverse, *les électeurs proches du PRD et de l'UDC ont nettement rejeté l'initiative* et, en compagnie des sympathisants du PDC, ont donné le plus de voix au contre-projet, sans pour autant l'accepter. *Parmi les votants proches du PRD et de l'UDC, un bon nombre a décliné à la fois l'initiative et le contre-projet.* La profession a également eu une incidence notoire sur l'acceptation ou non de l'initiative. C'est ainsi que nous avons enregistré la plus forte proportion de non parmi les agriculteurs, alors que les ouvriers ont émis un vote plus favorable que la moyenne des votants. La décision a en outre été influencée par l'appartenance linguistique, le clivage traditionnel ville/campagne et l'intégration politique. Les Romands, les citadins et les personnes politiquement mal ou peu intégrées au système ont largement voté pour l'initiative, tandis que les Alémaniques, les ruraux et les personnes fortement intégrées au système ont dégagé la plus faible proportion acceptante.

Les réponses à une question «ouverte» portant sur les raisons qui ont incité les interviewés à se prononcer pour ou contre l'initiative n'ont guère apporté d'éléments nouveaux. Par contre, les avis exprimés par ceux-ci sur les arguments développés par les partisans ou adversaires de l'initiative ainsi que sur l'actuelle révision de la loi sur les cartels sont plus révélateurs. Si l'on regroupe en trois catégories les personnes interrogées qui ont réellement voté — pour l'initiative, pour le contre-projet, pour le «double non» — on retrouve les mêmes clivages qu'en matière de politique économique. Les partisans du «double non» se sont manifestement présentés comme les adversaires inconditionnels d'une immixtion toujours plus marquée de l'Etat. *Pour ces derniers en effet, la libre concurrence est plus efficace que l'interventionnisme d'un Etat «fouineur».* Mais paradoxalement, ils affirment d'autre part que *l'existence d'une certaine cartellisation est le signe d'une économie prospère.* Il semble-

rait que les défenseurs d'une non ingérence de l'Etat évaluent mal les incidences respectives d'un contrôle des prix exercé par les cartels ou par un éventuel office public. *A la différence des partisans de l'initiative, les adeptes du contre-projet se font une idée plus élevée de l'impact de la concurrence sur la régulation des prix. Les trois groupes partagent le même sentiment lorsqu'il s'agit de protéger les petites entreprises par une loi relativement souple sur les cartels.* En toute logique, ils souhaiteraient une *législation plus contraignante pour autant qu'elle régleme l'emprise des monopoles*, autrement dit des grandes entreprises, seules responsables à leurs yeux des hausses abusives des prix. Dans l'ensemble, les avis exprimés par les interviewés à propos de la loi sur les cartels *reflètent la réalité helvétique*, à savoir celle d'une *cartellisation d'un grand nombre de branches de notre économie qui n'empêche pas la diffusion d'une idéologie affirmant la « libre concurrence »*.

Les réponses aux questions portant sur une modification du *mode de scrutin — initiative accompagnée d'un contre-projet* — montrent que les personnes interrogées sont *plutôt favorables au maintien de la pratique actuelle. 55 % d'entre elles se sont prononcées dans ce sens.* Cette volonté de maintenir le statu quo s'explique entre autres par deux facteurs. Primo, l'initiative sur la surveillance des prix a été ratifiée en dépit du contre-projet. Secundo, la formulation de nos questions, dans lesquelles nous avons esquissé les solutions différentes, n'était pas suffisamment claire pour que les interviewés puissent se déterminer.



PP
8001 Zürich

Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:

Spenden von 2000 Franken und mehr:

Firmen/Verbände: SEVA Lotterie, Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500-1500 Franken:

Firmen/Verbände: Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

Staatliche Stellen: Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200-400 Franken:

Firmen/Verbände: Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

Staatliche Stellen: Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Basel-land / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz



Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet